



Attac Deutschland . Münchener Straße 48 . 60329 Frankfurt/Main

An die
Damen und Herren Abgeordneten
des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Münchener Straße 48
60329 Frankfurt/Main
Telefon 069/900 281-10
Telefax 069/900 281-99
Mail: info@attac.de
Web: www.attac.de

10. Dezember 2012

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

bei dem bevorstehenden EU-Gipfel am 13./14. Dezember plant der größte Teil der Staats- und Regierungschefs der EU, die Pläne für eine voll integrierte „Fiskal- und Wirtschaftsunion“ für die Eurozone voranzutreiben.

Aus der Perspektive des deutschen Attac-Netzwerks sind diese Pläne, wie sie in dem seit einigen Tagen kursierenden Entwurf für die Abschlusserklärung niedergelegt sind¹, eine Bedrohung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften in den Eurozonen-Staaten, in ganz Europa.

Insbesondere sollen dem Entwurf zufolge die Parlamente der Mitgliedstaaten in ihren Kompetenzen, was Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik angeht, weitestgehend entkernt und neoliberale „Strukturanpassungsmaßnahmen“ vertraglich zwischen den Eurozonen-Staaten und der EU-Kommission festgeschrieben werden. Dies soll bereits in der Phase II (2013-2014) erfolgen.

Auch wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit bisher vor allem auf die Verhandlungen zu einer Bankenunion fokussiert hat, liegen mit den Konzepten von van Rompuy vom Oktober und Dezember, mit der EU-Gipfel-Erklärung vom Oktober sowie mit der Blaupause von EU-Kommissionspräsident Barroso vom 28. November 2012 Pläne vor, die uns aus demokratiepolitischer, sozialer und ökonomischer Perspektive alarmieren.

Bereits für die Phase I (2012-2013) ist geplant, die institutionelle Struktur der EU weiter zu perfektionieren, die die Handlungsspielräume der Parlamente der Mitgliedstaaten drastisch reduzieren soll, um eine Politik des Abbaus des Sozialstaates, der Arbeitsmarktderegulierung und der Verkleinerung des öffentlichen Sektors durchsetzen zu können. Letzteres betrifft eine verstärkte ex ante Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die bereits erwähnten „vertraglichen Arrangements“ bis hin zum vollständigen „progressiven Pooling der ökonomischen Souveränität der Mitgliedstaaten“. Die „vertraglichen Arrangements“ entsprechen konzeptionell den Memoranden, wie sie bereits heute Griechenland, Portugal, Irland und Spanien auferlegt werden. Die Rolle, die den Parlamenten der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament in diesem

¹ Link zu Dokument: http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Euro-Krise/material/EU-Gipfel_1212_Entwurf-der-Erklaerung.pdf

Kontext zgedacht ist, offenbart ein erschreckendes Demokratieverständnis des Europäischen Rates. Die Parlamente sollen offenbar lediglich als Legitimitätslieferanten für die nationalstaatlichen Regierungen bzw. die EU-Kommission fungieren - eine tatsächliche Ausweitung der Kompetenzen des EP im Sinne einer tatsächlichen Legislative (Wahl der EU-Kommissare, Initiativrecht etc.) ist nicht vorgesehen. Stattdessen wird der geplante Kompetenzzuwachs der EU-Kommission die Haushalts- und Wirtschaftspolitik weiter bürokratisieren.

Einen Ausweg aus der gegenwärtigen Eurokrise bietet der in dem Entwurf der Abschlusserklärung skizzierte Weg allerdings nicht. Im Gegenteil: Er droht die ökonomische und soziale Spaltung der Eurozone zu vertiefen.

Als Teil des europäischen Attac-Netzwerks setzt sich Attac Deutschland für ein solidarisches Europa ein. Deshalb plädieren wir u.a. für

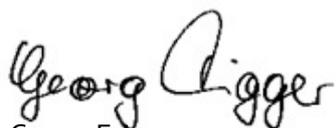
- ein Ende der Kürzungspolitik in der Eurozone/EU und eine Rücknahme des Fiskalpaktes;
- eine europäisch koordinierte Vermögensabgabe, einen europäischen Mindestlohn, ein europäisch koordiniertes Arbeitslosenversicherungssystem;
- eine konsequente Demokratisierung der EU-/Eurozonen-Institutionen, inklusive der EZB;
- eine Aussetzung des Schuldendienstes und eine Streichung sämtlicher illegalen und illegitimen Schulden im Zuge eines Schulden-Audits.

Wir fordern einen Stopp der Pläne zu einer neoliberalen „Fiskal- und Wirtschaftsunion“.

Deshalb fordern wir Sie dringend auf: Engagieren Sie sich gegen die Etablierung von „Strukturanpassungsverträgen“ zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten und gegen die Durchsetzung einer neoliberalen „Fiskal- und Wirtschaftsunion“, denn diese Maßnahmen widersprechen der Idee eines demokratischen und sozialen Europas.

Mit freundlichen Grüßen

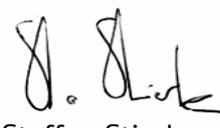
im Namen von Attac Deutschland



Georg Frigger
(Mitglied im Attac-KoKreis)



Alexis Passadakis
(Mitglied im Attac-Rat)



Steffen Stierle
(Attac-Projektgruppe Eurokrise)